

„Ecclesiam suam“ Pauls VI. vor 30 Jahren (vgl. HK, September 1964, 567ff.). Bischof Lehmanns Text liest sich – auch wenn der Autor diese Verbindungen zu aktuellen Diskussionen in der Pressekonferenz als von ihm nicht beabsichtigt hinstellte – wie ein Kommentar zu den Vorgängen, die gegenwärtig innerhalb der Kirche in Deutschland wie im Verhältnis zum Apostolischen Stuhl und zum Papst die Gemüter erhitzen. Den von Paul VI. eingeforderten Dialog mag Lehmann nicht als „Ausdruck einer modischen Zeiterscheinung“ begreifen, sondern sieht ihn der „Provokation des Evangeliums“ entspringen.

Sowohl in bezug auf das Verhältnis von Kirche und moderner Welt als auch im Zusammenhang mit der Wahrheitsfindung im Glauben reklamierte Lehmann mit einem Wort von

Bernhard Hansler Dialog als ein „Ferment einer sich wandelnden Kirche“, als „einzige Methode“, wie mit der „konkreten Vielfalt und den unvermeidlichen Pluralitäten umgegangen werden“ könne. Dialog sei keine „relativ beliebige Stilfrage“, sondern eine „Lebensfrage für Kirche und Gesellschaft“: „Die göttliche Offenbarung hat selbst eine dialogische Gestalt“. Ohne im einzelnen darauf einzugehen, erwähnte Lehmann mehrfach positiv das sogenannte Dialogpapier des *Zentralkomitees der deutschen Katholiken* (vgl. HK, November 1992, 497ff.; August 1994, 394). Der Bischof von Mainz setzte mit dem Eröffnungsreferat einen deutlichen Gegenakzent gegen mancherlei beliebte Zeitgeist- und Modernitätsschelte, wie sie gegenwärtig innerkirchlich vielerorts Konjunktur hat.

K. N.

Österreich: Wahlschock und „Koalition neu“

Die Nationalratswahlen vom 9. Oktober haben die politische Landschaft in Österreich kräftig durcheinandergewirbelt. Auf Kosten der Sozial- und Christdemokraten legte die Opposition zu; vor allem gegen den Populisten Jörg Haider scheint kein Kraut gewachsen.

„Koalition neu“ – das ist das Motto, mit dem Österreich die große Koalition der christdemokratischen Volkspartei und der Sozialdemokraten die Folgen der verheerenden Wahlniederlage am 9. Oktober überwinden möchte. Die Koalitionsparteien stürzten von 93 Prozent aller gültigen Stimmen im Jahr 1979 auf 84,4 Prozent im Jahr 1986 und schließlich bei den jüngsten Wahlen auf 63 Prozent aller Stimmen ab. Damit haben die Koalitionsparteien die Zweidrittelmehrheit im Parlament verloren, so daß sie bei Verfassungsgesetzen die Unterstützung anderer Parteien benötigen.

Die Volkspartei hat unter dem Eindruck dieser Niederlage die alte Idee des „koalitionsfreien Raumes“ hervor-

geholt und dafür plädiert, daß sich die Koalition in Zukunft nur noch auf einige der wichtigsten Themen und Inhalte einigen sollte, während sich bei anderen Problemen die Koalitionsparteien um die Unterstützung anderer Parteien im Parlament bemühen sollten. Auf diese Weise soll außerhalb der im Koalitionspakt festgeschriebenen Grundsätze ein „freies Spiel der Kräfte“ ermöglicht werden. Schon in den vergangenen Jahrzehnten waren bei Koalitionskrisen immer wieder derartige Ideen aufgetaucht, die allerdings regelmäßig scheiterten.

Von sozialdemokratischer Seite wurde bereits in aller Deutlichkeit erklärt, daß sie den Vorschlag eines „koalitionsfreien Raumes“ für eine Illusion

halte. Für diese Position der Sozialdemokraten ist gewiß ausschlaggebend, daß es nach dem Wahlausgang vom 9. Oktober im Nationalrat eine knappe rechnerische Mehrheit von ÖVP und FPÖ gibt, während den Sozialdemokraten selbst unter Hinzurechnung der Liberalen und der Grünen keine Mehrheit zur Verfügung steht. Ein „freies Spiel der Kräfte“ würde somit ausschließlich der ÖVP zugute kommen, was die SPÖ aus verständlichen Gründen strikt ablehnt.

Schattenseiten der Proporzdemokratie

Schon dieser rauhe Beginn der „Koalitionsreform“ läßt erkennen, wie schwierig sich die Regierungsverhandlungen in den nächsten Wochen gestalten; wie lang und zäh sie sich dahinschleppen werden. Eine Reform an Haupt und Gliedern, die die durch Proporzwirtschaft erstarrte und verkrustete österreichische Demokratie nötig hätte, scheint somit unter den gegebenen Umständen kaum erreichbar zu sein.

Das freilich ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere läßt Österreich in einem ganz anderen Licht erscheinen: Als ein Land, das erst im Juni trotz aller demagogischen Parolen mit einer fulminanten Zweidrittelmehrheit für den Beitritt zur Europäischen Union votierte; als ein Land mit einer traditionell niedrigen Inflations- und Arbeitslosenrate; als ein Land mit einer hohen Produktivität und einer blühenden Exportwirtschaft; als ein Land mit relativer Sicherheit, in der man nach wie vor sogar abends gefahrlos auch in Nebenstraßen und Parks spazieren gehen kann.

Diese *seltsame Doppelgesichtigkeit Österreichs* ist genau der Punkt, der im zunehmenden Maß viele Wähler vergrämt. Denn die unzweifelhaften Vorzüge des österreichischen politischen Systems werden im Alltag vieler Bürger allzu sehr von den Schattenseiten der Proporzdemokratie überfrachtet. An erster Stelle bilden dabei die un-

verständlichen *Privilegien*, die einer ganzen Schicht von Funktionären großzügig eingeräumt werden, die Spitze des Unmutes, der sich immer deutlicher regt. Dazu kommt die Unbeweglichkeit des österreichischen Kammerstaates und die Starrheit des gesamten politischen Systems, die von immer mehr Bürgern als unerträglich empfunden werden.

Ratlosigkeit gegenüber Jörg Haider

Diese Stimmungslage war es, die beim Wahlgang Anfang Oktober der Regierungskoalition von Sozialdemokraten und Volkspartei einen Verlust von mehr als 700 000 Stimmen bescherte. Die Liberalen eroberten von dieser Beute mehr als 250 000 Stimmen, die FPÖ *Jörg Haider* legte um 215 000 Stimmen zu, und die Grünen konnten einen Gewinn von 83 000 Stimmen verbuchen. Dieses Ergebnis führte zu einem Kollaps der Regierungskoalition, die sich unfähig zeigte, ihre zweifellos vorhandenen großen Verdienste und Erfolge gebührend in den Vordergrund zu stellen. Wohl der folgenschwerste Fehler der Koalition war es in diesem Zusammenhang, daß sie ihren größten Triumph – das überwältigend „JA“ der Österreicher zur Europäischen Union am 12. Juni – nicht im mindesten für den nur vier Monate später folgenden Wahlgang zu nützen wußte.

Als Einpeitscher für den Kollaps der großen Koalition in Österreich erwies sich einmal mehr Jörg Haider, der Obmann der Freiheitlichen Partei Österreichs. Seitdem er im Herbst 1986 den damaligen Chef der FPÖ, Vizekanzler *Norbert Steger*, gestürzt hat und die Führung der 5-Prozent-Partei übernahm, begann der erstaunliche zahlenmäßige Aufstieg der FPÖ. Viele Jahre hindurch war diese Partei ein Sammelbecken von überwiegend deutsch-national gesinnten Menschen und auch einigen alten Nazis. Diese Parteistruktur änderte Haider im Lauf der letzten Jahre total. Er sprengte die engen Grenzen von ehemals und ging mit al-

len Kunstgriffen der Demagogie zum Angriff über, wobei in erster Linie die Unterprivilegierten, die vom Wohlstand Vergessenen, die kleinen Arbeiter und Angestellten seine Zielgruppen bildeten.

Um diese Wählerschichten zu erobern, pflegt Haider die Vorurteile und den Zorn gegen „die Bonzen da oben“, gegen die Großverdiener mit ihren Privilegien, die sich im Labyrinth des österreichischen Sozialstaates kräftig zu bedienen wissen. Haider fand aber auch den Sündenbock, den er bei jeder Gelegenheit anprangert: Die Ausländer, die Asylwerber, die Flüchtlinge, denen „das Geld nachgeschmissen wird“, während für die Österreicher zu wenig überbleibt.

Diese Demagogie, die mittlerweile zu einer Serie von Briefbomben-Attentaten gegen ausländerfreundliche Politiker und Flüchtlingsbetreuer aller Art geführt hat, zieht nicht nur in der von Ausländern und Flüchtlingen überfüllten Großstadt Wien, sondern auch in Regionen, die von diesem Problem relativ wenig betroffen sind. Und so legte Haider schon wenige Wochen nach seiner Machtübernahme 1986 in der FPÖ 4,7 Prozentpunkte zu. Bei den Wahlen vier Jahre später machte der Gewinn bereits 6,9 Prozentpunkte aus, und am 9. Oktober gewann Haider nochmals sechs Prozentpunkte.

Seine Partei ist auf diese Weise von einer kleinen Gruppe, die zwischen fünf und sechs Prozent schwankte, zu einer Mittelpartei mit knapp 23 Prozent aller gültigen Stimmen angewachsen. Die beiden bisherigen Großparteien aber, die Sozialdemokraten und die Volkspartei, schrumpften zu Mittelparteien ein. Besonders dramatisch waren die Einbrüche Haider in den Arbeiterbezirken Wiens und in den Industrieregionen im übrigen Österreich, die bisher traditionell „rot“ gewählt hatten. Jetzt höhnt Haider seine Gegner bereits mit der Prognose, er werde spätestens 1998 in Österreich die Verantwortung voll übernehmen.

Die Ratlosigkeit der Koalitionsparteien gegenüber diesem Gegner hat vor allem darin seine Ursache, daß Haider nicht so einfach als „Nazi“ oder

„Faschist“ abzustempeln ist. Jahrelang versuchten ja seine heftigsten Gegner, ihn als „zweiten Hitler“ zu dämonisieren. Dieser Vergleich, der nicht trifft, hat nur dazu beigetragen, die Popularität Haider gerade in den unterprivilegierten Volksschichten noch weiter zu erhöhen.

Natürlich gibt es bei Haider ideologische Anklänge oder Parallelen zum Nazismus. Aber er ist meist klug genug, die Ideologie im Hintergrund zu halten und verlegt sich in seiner Demagogie auf möglichst vielen Fakten. So war es z.B. der entscheidende Trumpf Haider in diesem Wahlkampf, daß er bei einer Fernsehdiskussion mit Bundeskanzler *Franz Vranitzky* diesem plötzlich ein großes Schild entgegenhielt, auf dem das Monatsgehalt eines hohen Beamten der steirischen Arbeiterkammer in Höhe von fast 200 000 Schilling vermerkt war.

Das Fernsehen wirkte aber auch in einem anderen Bereich in ausschlaggebender Weise. Im ORF entschloß man sich nämlich, gegen Ende des Wahlkampfes nicht nur wie bisher eine große TV-Diskussion der Spitzenkandidaten aller wahlwerbenden Parteien abzuhalten, sondern ging dazu über, jeden Kandidaten gegen jeden anderen in Zweier-TV-Diskussionen antreten zu lassen. Da diesmal nicht nur die Sozialdemokraten, die Volkspartei, die FPÖ und die Grünen kandidierten, sondern auch das „Liberale Forum“ von *Heide Schmidt*, die aus Gegnerschaft zu Jörg Haider aus der FPÖ ausgeschieden war, kam es vor der großen abschließenden TV-Diskussion aller Spitzenkandidaten zu fünf Zweier-TV-Debatten, bei denen vor allem die Spitzenkandidatinnen der Grünen, *Madelaine Petrovic*, und der Liberalen, Heide Schmidt, effektiv punkten konnten. Die Koalitionsparteien wurden bei diesen Fernsehdiskussionen von den Sprechern der Opposition eindeutig in die Defensive gedrängt. Die Folge: Nicht nur die FPÖ, sondern auch die Grünen und das „Liberale Forum“ gewannen zum Teil erheblich dazu.

Bei einer Untersuchung über das Stimmverhalten der *Katholiken* bei

dieser Wahl ergibt sich ein interessantes Bild: 60 Prozent der aktiven Katholiken („Regelmäßige Kirchgänger“) und 20 Prozent der passiven Katholiken („Seltene Kirchgänger“) wählten die ÖVP, 19 Prozent der aktiven und 40 Prozent der passiven Katholiken gaben der SPÖ ihre Stimme, 13 Prozent der aktiven und 24 Prozent der passiven Katholiken wählten die FPÖ. Die Grünen wurden von fünf Prozent der aktiven und sieben Prozent der passiven Katholiken gewählt, für das „Liberales Forum“, das unter anderem gegen das Pflichtfach Religion in den Schulen und für die Erlaubnis der Ehe für Homosexuelle eintritt, entschieden sich nur ein Prozent der aktiven und sieben Prozent der passiven Katholiken.

Aus dieser Untersuchung scheint hervorzugehen, daß die Katholiken in Österreich bisher relativ resistent gegenüber dem Phänomen Haider waren. Konflikte zwischen der FPÖ und der Kirche, bzw. katholischen Organisationen entzündeten sich in der Vergangenheit vor allem in der *Ausländerfrage*. In diesem Problemkreis kam es zu scharfen Auseinandersetzungen, in die auch Amtsträger der Kirche wiederholt eingriffen. Alles andere als zufällig ist in diesem Zusammenhang gewiß der Umstand, daß von Briefbomben-Attentaten auch eine ganze Reihe kirchlicher Einrichtungen heimgesucht wurden, so z.B. der in Flüchtlingsfragen besonders engagierte Pfarrer *August Janisch* aus Hartberg in der Oststeiermark, die Flüchtlingsberatungsstelle der Diözese Feldkirch in Dornbirn, sowie das Stift Wilten in Tirol, das einer ganzen Reihe von Flüchtlingen, die wieder abgeschoben werden sollten, Asyl bietet.

Am Tag nach der Wahl, als bei Sozialdemokraten und Christdemokraten der Schock über die Niederlage noch nicht überwunden war, meldete sich überraschend der Diözesanbischof von Gurk-Klagenfurt, *Egon Kapellari*, zu Wort. Er stellte fest: „Die Dinge lösen einander ab und zahlen so den Preis für ihre Unvollkommenheit“, hat Heraklit, einer der frühesten griechischen Philosophen, gesagt, und dazu das ge-

flügelte Wort ‚Alles fließt‘. Beides gilt auch für die Politik. Die Sieger von gestern sind oft die Verlierer von heute oder morgen oder umgekehrt. Nach einer politischen Wahl, die – wie neuestens in Österreich – Macht, und das heißt Verantwortung, in erheblichem Maß neu verteilt hat, sollte man dies nicht vergessen. Der Souverän ist hier

schon längst nicht ein Kaiser oder König, sondern das Volk.“

In einem Land wie Österreich, in dem die Bischöfe erfreulich zurückhaltend mit politischen Stellungnahmen sind, war diese Aussage überraschend. Sie traf aber genau den Punkt inmitten der Verwirrung unmittelbar nach dem Wahltag.

F. C.

Gesundheitswesen: Reformvorschläge der EKD

In einer über neunzig Seiten starken Studie mit dem Titel „Mündigkeit und Solidarität“ analysiert die Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für soziale Ordnung die gegenwärtige Malaise im Gesundheitssystem. Die Denkschrift benennt wichtige Kriterien und Orientierungspunkte für umfassende und sehr grundsätzlich angelegte Reformen.

Machtkämpfe zwischen Ärzteschaft, Krankenversicherungen und politisch Verantwortlichen, die mit mehr als fragwürdigen Mitteln ausgetragen werden, gehören ebenso dazu wie die wachsende Verbreitung alternativer Behandlungsmethoden aus verschiedensten Kulturkreisen oder auch die zunehmende Zahl von Selbsthilfegruppen und Hospizeinrichtungen – all diese Symptome bekräftigen eine Diagnose, die schon vielfach gestellt wurde und kaum umstritten ist: das deutsche Gesundheitssystem kränkt nicht nur, es ist ziemlich angeschlagen.

Linderung vielleicht in einzelnen Punkten, aber noch lange keine Heilung brachten das Gesundheitsreformgesetz von 1988 und das Gesundheitsstrukturgesetz von 1992. Der Aufforderung des Gesundheitsministers, die gesellschaftlichen Gruppen sollten sich an der Diskussion für die Weiterentwicklung des Gesundheitssystems über das Jahr 2000 hinaus beteiligen, folgte auch die EKD. Ende September veröffentlichte sie eine von der *Kammer für soziale Ordnung* erarbeitete Denkschrift zur Umstrukturierung des Gesundheitswesens.

Bereits der Titel der Studie enthält die beiden zentralen Gedanken beziehungsweise die daraus resultierenden Forderungen: „Mündigkeit und Solidarität“. Soll das deutsche Gesundheitswesen wirklich zukunftsfähig bleiben, müssen Reformen sehr grundsätzlich ansetzen: bei der strukturell bedingten Entmündigung, Fremdbestimmung und verlorengegangenen Eigenverantwortlichkeit des Patienten und den im gegenwärtigen System angelegten Entsolidarisierungstendenzen. Ihr Hauptaugenmerk richtet die EKD-Studie dabei auf die Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung, denn, so die Autoren, immerhin seien rund neunzig Prozent der Bevölkerung in diese Versicherung einbezogen.

Die Entwicklung des modernen Medizinbetriebes, des gegenwärtigen Gesundheitswesens und des Krankenversicherungssystems ist durch zahlreiche Ambivalenzen, gar Dilemmata gekennzeichnet, wie die Analyse der Experten der EKD-Kammer zeigt: Mit der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung hätten zwar breitere Bevölkerungsschichten erst-